

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 8. September 2020 / Mardi après-midi, 8 septembre 2020

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion / Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

**60 2019.RRGR.378 Postulat 305-2019 Kohler (Meiringen, Grüne)
Negative Auswirkungen des Massentourismus**

**60 2019.RRGR.378 Postulat 305-2019 Kohler (Meiringen, Les Verts)
Répercussions négatives du tourisme de masse**

Präsident. Wir kommen zum Geschäft Nummer 60, einer Motion von Grossrat Kohler, «Negative Auswirkungen des Massentourismus». Das ist ein Postulat. Die Regierung empfiehlt Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Damit ist der Vorstossende – meines Wissens – nicht einverstanden. Ich gebe das Wort an Grossrat Kohler.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne). Das ist so. Besten Dank. Geschätzte Anwesende, ich möchte zuerst dem Regierungsrat für seine ausführliche Antwort und die Übersicht, die er gegeben hat, danken. Sie hat viele wesentliche Punkte der Problematik beleuchtet und gut beschrieben. Dass ich die Abschreibung dennoch bestreite, hat vor allem einen wesentlichen Grund: Seit ich das Postulat eingereicht habe und auch seit die Antwort erarbeitet worden ist, hat sich die Situation aufgrund der Corona-Pandemie grundlegend verändert. Die Regierung sagt selber in ihrer Antwort, dass noch nicht klar ist, wie sich die Pandemie langfristig auf den Tourismus auswirken wird. Wir haben aber diesen Sommer schon einen ersten Eindruck kurzfristiger Natur erhalten, wie sich dies auswirken kann. An vielen Orten im Berner Oberland oder im ganzen Kanton Bern hat dieses kleine Virus die ganze touristische Landschaft komplett umgepflügt. Plötzlich waren Orte völlig überfüllt, die das vorher gar nicht kannten und nicht im Fokus standen. Das hat an gewissen Orten auch gewisse negative Auswirkungen nach sich gezogen, die man so bisher noch nicht kannte.

Der Kanton hat inzwischen ja bereits reagiert und angekündigt, dass beispielsweise in verschiedenen Naturschutzgebieten mit mehreren Wildhütern geschaut werden soll, dass nicht eine Sauerei zurückbleibt, beispielsweise an der Engstlenalp oder anderen Orten, zu denen man einfach mit dem Auto hinfahren kann und wo nachher, wenn so viele Leute da sind, die negativen Auswirkungen auch zu sehen sind. Ich finde es insgesamt erfreulich, dass die Regierung in ihrer Antwort die Gemeinden auch bestärkt, aktiv zu werden und sich den negativen Auswirkungen des massentouristischen Phänomens zu stellen. Ich finde aber, dass der Kanton auch selber aktiv werden soll und sich hier seiner Verantwortung nicht entziehen kann, wenn es um die Bewältigung von so negativen Folgen geht.

Bei den Einschätzungen der Risiken vom massentouristischen Phänomen fehlt meiner Meinung nach ein wesentlicher Punkt. In den vergangenen Jahren ist speziell im Bördeli der Gästemix komplett verändert worden. Die asiatischen Gäste haben einen grossen Teil des Gästeaufkommens zu bestreiten begonnen. Eine solche Gästemonokultur ist ein Klumpenrisiko, wie sich jetzt schmerzlich zeigt, weil alle Gäste selbstverständlich nicht mehr kommen können. Dieses Risiko muss man beurteilen.

Ich finde, der Regierungsrat sollte hier vertieft prüfen, wie klarere Ziele für den Gästemix definiert und erreicht werden können. Das heisst natürlich nicht, dass nicht alle Anbieter auch weiterhin die Gäste ansprechen können sollen, die sie wollen und von denen sie sich den grössten Gewinn erhoffen. Darum geht es nicht. Das soll so sein. Aber es ginge darum, dass man mit einer Definition, wo die Mittel aus dem TEG zur Marktbearbeitung hinfliessen, zumindest ein wenig Gegensteuer geben könnte.

Das Credo aus der Tourismusstrategie, die der Regierungsrat in seiner Antwort auf den Vorstoss auch zitiert, ist aus meiner Sicht bisher nicht erreicht. Dort heisst es, dass mit Hilfe von gezielten Massnahmen eine nachhaltige, sozial verträgliche und umweltverantwortliche touristische Entwicklung unterstützt werden soll. Offensichtlich waren diese Massnahmen, soweit sie ergriffen wurden, nicht sehr erfolgreich. In den letzten Jahren – ich komme noch einmal auf den Gästemix zurück –

gab es eine Verschiebung, dass viele Gäste um die halbe Welt flogen, um – wenn es hoch kommt – eine Nacht im Berner Oberland zu verbringen. Das ist vor allem bezogen auf die massentouristischen Phänomene, wie wir sie dort kennengelernt haben. Das ist weder nachhaltig noch sozial verträglich und schon gar nicht umweltverantwortlich.

Gerade bei diesen Gästen haben wir eben einen sehr schmerzlichen Einbruch erlebt, der für viele Leistungsträger sehr schwierig ist. Ich gehe davon aus, dass der Kanton jetzt alles, was in seiner Macht steht, tun sollte, um Gegensteuer zu geben, damit wir künftig einen nachhaltigeren Gästemix haben. Insbesondere in den nächsten Monaten und Jahren, wenn die Märkte wieder neu aufgebaut werden müssen. Jetzt wäre die Chance, das zu tun und nicht dann, wenn wir wieder die Struktur haben, die wir jetzt haben. Ich danke Ihnen, wenn Sie meinen Vorstoss annehmen und nicht abschreiben.

Präsident. Die Rednerliste ist offen für Fraktionen. Als Erstes eingeschrieben hat sich Grossrat Hans Kipfer für die EVP-Fraktion.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). In meiner persönlichen touristischen Laufbahn hat mich etwas immer wieder begleitet: Das war wirklich die Suche nach einem möglichst nachhaltigen Tourismus. Ein Tourismus im Einklang mit der regionalen Bevölkerung, mit gelebter Kultur und mit den örtlichen Produzenten. Die EVP unterstützt das Postulat, aber ist gegen die Abschreibung. Wir haben den Eindruck, dass sich der Regierungsrat etwas schnell aus der Verantwortung ziehen will. Die aktuelle Chance, die wir haben, in diesem Transformationsprozess, welcher jetzt passiert, sollte man wirklich aktiv nutzen. Warum wollen wir diese Punkte nicht abschreiben? Ich erläutere es schnell an den einzelnen Punkten.

Im ersten Punkt, die Risikostudien, welche hier gefordert sind, die müssen, wie der Motionär oder der Postulant schon sagte, aktualisiert werden auf die aktuelle Situation, wie wir es heute haben.

Ich komme zuerst zu der dritten Ziffer. Ich denke, den Erhalt des kulturellen Erbes einer Region, darf man nicht einfach an Gemeinden delegieren. Da ist der Kanton wirklich auch in der Pflicht, zu dem Sorge zu tragen.

Zu Ziffer zwei – von mir aus gesehen die wichtigste hier drin – ein nachhaltiger Gästemix: Hier wird sehr stark über das Marketing, über die Marktbearbeitung definiert. Einen nachhaltigen Gästemix erreichen wir auch, wenn wir uns ganz bewusst über die Produktgestaltung unterhalten, wenn wir die Produktgestaltung aktiv steuern. Der Kanton hat neben der Marktbearbeitung im Artikel 4 im TEG auch andere Mittel, wie er innerhalb des TEG eben Einfluss nehmen kann, vor allem auf die Produktgestaltung, die eben dann wieder Einfluss auf den Gästemix hat. Art. 2 Abs. 1 Bst c, «erleichtert die Verwirklichung von innovativen Projekten». Art. 2 Abs. 2 Bst c, unterstützt die «Qualifizierungsmassnahmen und Qualitätssicherung». Das sind alles nachhaltige Geschichten, die Einfluss darauf haben, welche Gäste uns im Kanton Bern besuchen. Der Grundauftrag, welches das TEG hat, spricht von Weiterentwicklung von nachhaltiger Entwicklung. Dort sind neben der Marktbearbeitung andere Mittel, andere Massnahmen schon aufgelegt, welche der Kanton wahrnehmen kann. Das fehlt uns hier in der Erläuterung dieses Postulats. Die EVP empfiehlt, den aktuellen Transformationsprozess, welcher durch diese Ereignisse ausgelöst ist, wirklich auch zu nutzen für einen Tourismus mit Ursprungsgarantie, wie ich jeweils sage. Tourismus AOC, Appellation d'Origine Contrôlée. Dass man wirklich in der Heimat bleibt und nachhaltig bleibt. Der Kanton soll unterstützen, helfen, die Produkte, die Angebote nachhaltig zu gestalten. So wollen wir dieses Postulat umgesetzt sehen, darüber nachdenken, welche Massnahmen man in diesem Bereich weiter ergreifen kann. Das fehlt uns, darum schreiben wir hier alle diese Punkte nicht ab.

Andreas Schüpbach, Huttwil (SVP). Dieser Vorstoss will, dass der Regierungsrat beauftragt wird, die Auswirkungen des Massentourismus zu prüfen. Es ist schon etwas verrückt: Jetzt läuft seit dem 16. März nicht mehr gerade viel im Tourismus. In vielen Regionen kämpfen sie heute fast um jeden Gast und nur die Kurzarbeit hat grössere Entlassungen verhindert. Dieses Postulat liegt für mich und für unsere Partei im Moment völlig quer in der Landschaft, respektive jetzt gerade hier in der Halle. Nicht wenige Betriebe im Gastro-Sektor, im Event-Bereich und auch Bergbahnen kämpfen im Moment um ihre Existenz. Es ist schon fast ein wenig eine Zumutung für diese Branchen, dass wir hier über etwas diskutieren, was es im Moment gar nicht gibt und hier wertvolle Zeit verbrennen. Das Ganze kommt mir fast ein wenig vor, wie wenn wir in einem See fischen gehen möchten, in dem wir genau wissen, dass seit einem halben Jahr keine Fische mehr drin sind. Aus diesem Grund gehört dieses Postulat für uns in eine Schublade, aus der man es allenfalls wieder hervornehmen

kann, wenn es nötig ist. Unsere Fraktion lehnt dieses Postulat einstimmig ab.

Martin Egger, Frutigen (glp). Die Zunahme des Massentourismus in unserem Gebiet in den letzten Jahren war zwischendurch schon fast grenzwertig. Aber mit dem Ausbau der Bergbahnen und zuletzt in den letzten Jahren mit vielen Werbemitteln, die in ganz Asien verteilt wurden, hat man das ja auch gezielt gefördert. Man kann jetzt nicht einfach beim Kanton anklopfen und das Gefühl haben, er könne das jetzt alles regeln. Wer die ausführliche Antwort des Regierungsrates liest, kann sagen: Er kommt seinen Aufgaben wirklich nach.

Grundsätzlich sind ja die Gemeinden für den Tourismus und für die Organisation dessen zuständig. Darum sind wir von der glp der Meinung, die Regierung habe ihre Aufgabe im Griff und wir nehmen dieses Postulat an, und schreiben es aber auch gerade ab.

Präsident. Ich gebe das Wort an Grossrat Urs Graf für die Fraktion SP-JUSO-PSA.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich spreche jetzt als Vertreter der SP-JUSO-PSA. Wir nehmen dieses Postulat an und sind der Meinung, dass es nicht abzuschreiben sei. Zuerst ein paar Bemerkungen zum Massentourismus: In der Bundesverfassung steht als oberstes Ziel «Wohlfahrt». Zur Wohlfahrt gehört die Bewegungsfreiheit, zur Bewegungsfreiheit gehört die Reisefreiheit. Das ist also eine Zielerfüllung, wenn viele Leute reisen können. Das gehört zu dem, was wir anstreben.

Zweitens: Die Schweiz ist gemäss Statistik eines der fünf reisefreudigsten Ländern auf der Welt. Wir verursachen an vielen Orten Massentourismus und es ist ein wenig schräg, wenn man dann der Meinung ist, Massentourismus sei etwas Schädliches, wenn es im eigenen Land stattfindet.

Drittens bin ich ganz zufrieden mit der Antwort der Regierung, welche schreibt, dass nicht jeder Massentourismus per se schädlicher ist, als der Individualtourismus, ganz im Gegenteil. Der jetzige Sommer zeigt beispielsweise, dass das Verkehrsaufkommen auf den Strassen zwischen Spiez und Grindelwald wesentlich grösser ist, als wenn Massen von Asiaten kommen.

Nichtsdestotrotz – und da hat der Postulant absolut recht – hat der Massentourismus negative Auswirkungen und diese muss man angehen. Diese sind auf der ökologischen Ebene, das ist klar. Diese sind aber auch auf der kulturellen Ebene bei den betroffenen Gemeinden.

Es ist auch richtig, dass die Gemeinden selber weitgehend mitverantwortlich oder verantwortlich sind um Massnahmen zu treffen. Wir in Interlaken probieren beispielsweise Plattformwohnungen zu regeln. Dort sind wir sehr froh, wenn das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) das nötige Verständnis hat. Es wird dann zu dieser Sache noch eine Motion zu besprechen sein hier betreffend Erfassung von Zweitwohnungen. Dort sind wir sehr froh um kantonale Unterstützung. Darum ist die SP der Meinung, dass nicht abgeschrieben werden sollte, denn auch der Kanton kann via TEG, aber auch via BE! Tourismus beispielsweise im Marketing dazu beitragen, dass solche Phänomene abgeschwächt werden. Es ist in der Tat so, dass ein guter Gästemix besser ist, als eine Gästemonokultur. Das erleben wir jetzt in diesem Jahr schmerzlich. Es ist ein Klumpenrisiko. Darum sollte es nicht verboten sein, dass der Kanton Bern hier den Gemeinden mithilft, weiterzudenken.

Antonio Bauen, Bern (Grüne). Zuerst möchte ich auch für die Antwort des Regierungsrates danken. Es ist sehr ausführlich ausgefallen und hat doch interessante Aspekte drin. Man sieht auch, dass sich die Regierung da auch Gedanken macht zu diesem Thema und dass insbesondere auch das TEG einiges beinhaltet.

Trotzdem: Massentourismus ist nicht nur immer gut. Auch weltweit gibt es Probleme, insbesondere, wenn er zum Beispiel wie in Interlaken eben punktuell vorkommt. Infrastruktur, Umwelt und das Leben der lokalen Bevölkerung wird oft stark beeinflusst. Wirklichkeit und Zielsetzungen im Tourismusförderungsgesetz weichen da zum Teil stark voneinander ab. Diesem Aspekt müsste man noch mehr Beachtung schenken. Die Entwicklung zu immer mehr Fast-Tourismus, in dem grosse Touristengruppen schnell-schnell von Ort hin und her gekarrt werden belastet das System nicht nur hier, sondern weltweit. Sie sind selten nachhaltig, auch wenn das zum Teil sicher in Einzelfällen oder je nach dem im Vergleich zu nicht-nachhaltigen Einzeltourismus anders ausfällt, aber auch selten nachhaltig.

Sie geben meistens auch – oder zum Teil zumindest auch – lokal keine Wertschöpfung, wenn sie schnell kommen und gerade wieder weg sind. Gerade Corona hat gezeigt, wie gross daraus aber auch auf der anderen Seite das Klumpenrisiko ist, wenn plötzlich grosse Tourismusströme ausbleiben. Wie es mein Vorredner auch gesagt hat, wäre es sinnvoll dort ein wenig einen etwas diversifizierten Gästemix zu haben. Das ergibt darum Sinn, sich Gedanken darüber zu machen, wie Risiken

in diesem Massentourismus angegangen werden könnten, wo sie liegen und was es möglicherweise noch für Massnahmen gäbe, wie man das verbessern könnte, wie man einen nachhaltigen Gästemix erhalten kann, wie die lokale Bevölkerung dieser betroffenen Gebieten vor den negativen Auswirkungen geschützt werden kann und wie wir schlussendlich auch langfristig zu einer Tourismuslenkung kommen, welche vielleicht auch Einfluss in die Standortwerbung nehmen sollte und wie das erreicht werden könnte.

Wir Grünen unterstützen darum das Postulat einstimmig und bestreiten die Abschreibung.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich nehme es vorweg: Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat, aber beantragt auch die Abschreibung. Warum? Ich glaube, wir sind gerade ziemlich schnell von der Theorie in die Praxis geworfen worden bei diesem Vorstoss. Als er eingereicht wurde, hat man von Corona noch nicht viel gemerkt. Die Auswirkungen, wenn wir den Tourismus so ausgiebig nicht mehr haben in gewissen Regionen, haben wir nachher bemerkt, was passiert, wenn wir ihn nicht mehr haben. Das weiterhin zu untersuchen, das müssen wir nicht mehr machen.

Ebenfalls sind wir der Meinung, darum befürworten wir die Abschreibung, dass das nicht der Kanton machen muss, weil die Regionen viel stärker sind damit, die Abklärungen und Massnahmen zu eruieren, was richtig ist für die Regionen. Der Kanton wird immer zu spät sein, weil er alle Regionen berücksichtigen muss und so weiter. Er muss nachher eine gesamtheitliche Sicht darlegen. Ich denke, die Tourismusorganisation, welche wir in den Regionen haben: sie haben ja jetzt auch einen super Job gemacht, um diese Löcher aufzufangen, die wir hatten. Man hat es geschafft, die Schweizer zu mobilisieren, dass sie nicht nur zuhause sitzen, sondern jetzt in diese Regionen gehen und so weiter. Das waren die regionalen Organisationen, welche das gemacht haben.

Es werden auch zukünftig die regionalen Organisationen diejenigen sein, die, wenn etwas überbordert, zu korrigieren. Das haben wir auch schon erlebt. Man hat nachher gewisse Angebote reduziert und so weiter.

Also wie gesagt: Die FDP anerkennt die Antwort des Regierungsrates. Sie ist für uns gut. Aber nicht noch weitere Abklärungen oder Prüfungen durch den Kanton machen, sondern das den Gemeinden und den regionalen Tourismusorganisationen überlassen.

Matthias Matti, Gelterfingen (BDP). Jährlich fliessen Millionenbeträge in die Tourismusförderung und ermöglichen grosse Werbekampagnen. Diese beziehen sich nicht nur auf das Inland, sondern auch das Ausland. Das Berner Oberland ist auf diesen Tourismus angewiesen und wir brauchen diese Gäste. Die Destinationen im Berner Oberland, beziehungsweise im ganzen Kanton, machen sich in ihren Strategien Überlegungen, wie dieser Ländermix oder der Kundenmix aussehen soll. Die von Beat Kohler umschriebenen Auswirkungen auf den Massentourismus betreffen nicht den Kanton Bern, auch nicht primär das Berner Oberland, sondern eigentlich nur die Grossregion Interlaken.

Die Grossregion und Tourismusregion Interlaken hat sich zum Ziel gesetzt, eine Million Gäste auf das Joch zu führen. Und das machen sie auch. Seit Jahren haben sie dieses Ziel erreicht. 80 Prozent dieser Gäste übernachten in der Region und es wird immer wieder als Erfolgsmeldung vermerkt. Die Regierung schreibt, dass die negativen Auswirkungen im Bereich Wohnen und Verkehr grösstenteils in den Zuständigkeitsbereichen der Gemeinden liegen. Hier gilt es abzuwägen, was eine Destination will und was für ihre Region auch gut ist. So schreiben sich andere Regionen wie beispielsweise das Simmental oder das Saanenland eher Genuss, Echtheit, Erlebnisse und Lebensstil auf die Fahne. Lokal denken, global handeln, oder anders: Wer die Verantwortung hat, muss seine Verantwortung auch tragen und ihr gerecht werden. Nehmen wir doch einfach diese Destinationen in die Pflicht und halten wir am eingeschlagenen Weg fest. Wichtiger ist, dass diese Gemeinden, wie von Regierungsrat Ammann versprochen, sich im Jahr 2023 erneut überlegen können, welcher Destination sie sich anschliessen können: nämlich der Destination, bei welcher ihre Werte, ihre lokalen Interessen auch berücksichtigt werden und nicht von oben aufdoktriniert werden.

Die BDP-Fraktion empfiehlt Ihnen mehrheitlich die Annahme und Abschreibung. Eine kleine Minderheit lehnt auch die ganze Motion ab.

Präsident. Dann haben wir noch einen Einzelsprecher: Grossrat Kurt Zimmermann. Er hat das Wort.

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP). Über diesen Vorstoss bin ich erstaunt, weil der Postulant aus

einer Tourismusgegend kommt und weil sie direkt einen wichtigen Wirtschaftszweig betrifft. Die Tal-schaften im Oberland kämpfen gegen Bevölkerungsabwanderung, vor allem die jüngere Generation zieht es infolge fehlender Arbeitsplätze fort. Jetzt kommt der politische Angriff auf die Tourismusbranche, der Wirtschaftszweig, der im Oberland viele Arbeitsplätze generiert, und vielen Bürgerinnen und Bürgern das Auskommen sichert. Dass einzelne Destinationen unter den massentouristischen Auswüchsen leiden und eine Veränderung des Gästemix wünschen, mag stimmen. Der Gästemix und die Wertschöpfung des Tourismus wird hier in Frage gestellt, wie wenn die Hotellerie, die Para-Hotellerie und viele andere Anbieter ihre Gäste und ihre Anzahl Aufenthaltstage selber wählen und bestimmen könnten.

Vielleicht wäre es den Tourismuskritikern lieber, die Gäste würden ihren Ferienaufenthalt im Voraus bezahlen aber gar nicht erst anreisen. Das ist vielleicht überspitzt, aber so kommt es mir etwas vor. In der Hoffnung, die vorhandenen Infrastrukturen weniger zu belasten, die Bergbahnen hätten weniger Ansturm und der Klimawandel und die Gletscher würden so geschont. Das kann ja für ein Tourismusgebiet wirklich nicht die Lösung sein. Vielleicht ist das eine Unterstellung an den Postulant Kohler, aber dieser Vorstoss wird von meiner Seite so empfunden.

Ich bin immer kritisch, wenn die Verwaltung in die freie Wirtschaft eingreift. Neue Ideen werden gesucht, darum bin ich überzeugt: Die Tourismusgemeinden mit der Wirtschaft und dem Gewerbe zusammen werden sicher geeignete Lösungen dazu finden. Da müssen wir nicht noch die Regierung beauftragen. Ich empfehle, dieses Postulat abzulehnen, weil ich überzeugt bin, die Gemeinden finden mit der Wirtschaft und dem Gewerbe zusammen sicher gute Lösungen.

Urs Graf, Interlaken (SP). Zwei Bemerkungen zu Voten, welche hier gefallen sind: Einerseits von der SVP/FDP, dieses Postulat sei im falschesten Moment. Wir wissen, dass eine Umsetzung eines Postulats mindestens ein, zwei Jahre geht. Wir hoffen alle, dass diese Covid-Krise endlich ist. Wir gehen davon aus, dass gewisse Overtourismus-Tendenzen in zwei, drei Jahren wieder da sein könnten und jetzt muss man Regelungen treffen, dass man dann bereit ist.

Wir in Interlaken regeln *jetzt* diese Plattformwohnungen, obwohl im jetzigen Moment kein Bedarf ist. Aber in einem Jahr oder zwei kann das wieder anders aussehen und es wurde schon häufig gesagt: Gouverner, c'est prévoir. Das ist nicht ein Tagesgeschäft.

Zweitens zur Bemerkung von Kollege Matti, die Destination Bödeli sei selber schuld, wenn sie eine Million Gäste auf das Joch bringen wolle. Wir haben – das wurde vorher von Herrn Zimmermann gesagt – keine Planwirtschaft. Wir haben sehr erfolgreiche Unternehmungen, welche Marketing-Budgets haben, welche weit über den Destinationsbudgets sind. Und wenn diese erfolgreich auf dem Markt sind, dann hat das Auswirkungen und das muss nachher die öffentliche Hand mithelfen zu bewältigen. Wir bewältigen das. Wir sind gewillt. Wir haben auch sehr gut gelebt von diesen letzten Jahren. Wir hatten unheimliche Steueraufkommen. Es hatte wirklich auch gute Seiten. Aber es braucht Regelungen. Diese Regelungen braucht es auf Gemeindeebene und die braucht es auf Kantonsebene. Es ist einfach nicht so, dass das eine konzentrierte Aktion sei, dass diese Gäste hierhin kommen, sondern das ist Ausfluss eines erfolgreichen Wirtschaftens.

Präsident. Der Postulant möchte nach der Regierung sprechen. Ich gebe das Wort an Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Wenn ich der Debatte zugehört habe, kann ich es nicht verkneifen, kam schon starke Wehmut auf. Es wurde eine Tourismuswelt beschrieben, welche es heute nicht mehr gibt. Wir sprechen von einer Vergangenheit, welche noch nicht so weit weg ist, aber auch nicht so schnell zurückkommt. Ich glaube, das ist allen hier drin, oder wenigstens den meisten, klar. Seit dem März sieht die Welt und insbesondere auch die touristische Welt völlig anders aus. Die Besucherströme aus Asien, aus dem Nahen Osten, sind weggebrochen, fehlen komplett. Die inländischen Gäste können solche Lücken bei weitem nicht füllen an den allermeisten Orten. Wer in diesem Sommer in der Stadt Bern war, wer die Hotelbelegungszahlen gelesen hat, von führenden Hotels hier in der Stadt, dem stehen die Haare zu Berge. In der jetzigen Situation, geschätzte Damen und Herren, wünschen sich wahrscheinlich die allermeisten Tourismusakteurinnen und -akteure eher mehr als weniger Touristen, eher mehr Overtourism als weniger. Ob sich das ändern, und vor allem, wie schnell sich das ändert, das kann heute niemand sagen. Das ist mit ein Grund, wieso die Regierung beantragt, das Postulat zwar anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Wie die gute, heile Welt funktioniert, das wissen wir. Es gibt Untersuchungen. Es gibt bewährte Formen des Zusammenarbeitens. Es gibt schlussendlich eben auch

Zuständigkeiten, in welchen der Kanton eine Rolle hat über seine Vermarktungsorganisation und Marktbearbeitungsorganisation BE! Tourismus, wobei die Regionen eine wichtige Rolle spielen. Wir sind praktisch hälftig mit dem Aktienkapital vertreten. Das hat auch dazu geführt, dass man dort die Zielmärkte partnerschaftlich definiert, diese Marktbearbeitung macht, damit heruntergebrochen auf die Destination weitergearbeitet wird und dass vor allem die Leistungserbringer ihr Angebot so einrichten, wie sie es wollen schlussendlich. Dort redet nicht der Kanton drein.

Das wissen wir, wie es bis im März funktioniert hat. Was jetzt noch kommt in den nächsten Monaten und Jahren, das weiss niemand. Ich wäre froh, wenn ich mit der Zuversicht von Grossrat Kipfer sagen könnte, wir seien in einem Transformationsprozess. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir im Moment in einem Transformationsprozess sind. Wir sind irgendwo auf einem Gletscher im dichten Nebel ohne GPS und irgendwo hat es Gletscherspalten. Ich will das damit sagen: Wir wissen nicht, welche Mobilitätsmöglichkeiten man wann wieder hat. Wie das Reiseverhalten von welchen Personen, woher sie auch kommen, sein wird, und welches Angebot dann gefragt ist für einen sogenannt nachhaltigen Gästemix, welcher nicht einfach so klar zu definieren ist – Was ist nachhaltig? Welche Möglichkeiten können über eine politische Einflussnahme dazu beitragen? Und wo sind wir schlussendlich wirklich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, nicht ausgeliefert, aber davon geprägt. Die staatlichen Einflussmöglichkeiten sind vielleicht nicht so gross. Das sind Fragen. Ich habe keine Antworten bereit. Noch einmal: Wir sind im Nebel. Wir müssen zuwarten, dass der Tourismus über dieses Jahr hinwegkommt, dass die Leistungserbringer, dass insbesondere die Hotellerie und die Gastronomie überhaupt überleben. Das ist die Frage, die sich heute stellt. Wenn ich als Wirtschaftsdirektor von einer zweiten Welle spreche, habe ich nicht in erster Linie Sorge vor einer Gesundheitswelle, sondern die zweite Welle wird eine Welle innerhalb der Wirtschaftskrise sein und die zweite Welle wird uns erreichen. Das kann ich sagen. Was wir nicht sagen können, ist, ob es infektionszahlenmässig eine zweite Welle gibt. Aber eine zweite Welle, was Konkurse angeht, was insbesondere in solchen Branchen, über die wir jetzt sprechen, der Fall sein wird, da kann ich Ihnen heute hier die Prognose abgeben, auch ohne, dass ich viele Flaschen Wein verlieren würde, so gerne ich das auch würde. Das können Sie mir glauben.

Ich will nicht schwarzmalen. Ich will auch nicht auf die Tränendrüse drücken. Es geht mir einfach darum, hier die Ausgangslage zu beschreiben, in der wir stehen, wenn wir ein solches Postulat überweisen wollen oder auch nicht oder warum die Regierung im Moment auf Abschreibung beantragt. Das ist die Erklärung dafür. Wir müssen zuwarten. Wir müssen die Branche über diese Zeit kommen lassen und sie überleben lassen. Wenn es wieder Strukturen gibt, wenn diese Transformation effektiv einsetzt oder wenn sie in Sicht ist, dann kann man tatsächlich wieder über die bewährte Art und Weise über B-Tourismus mit den Destinationen selbstverständlich im Mitwirken der WEU nachher solche Fragen prüfen. Im Moment haben wir schlicht und einfach nichts zum Prüfen, gar nichts leider. Es tut weh.

Präsident. Das Wort hat noch einmal der Grossrat Beat Kohler.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne). Ich möchte mich bestens für die Diskussion bedanken. Es gab einige sehr interessante Aussagen. Vielleicht zuerst einmal an die Adresse von Grossrat Zimmermann: Das ist tatsächlich eine Unterstellung. Es geht mir nicht um einen grundsätzlichen Angriff auf die Tourismusbranche. Wie wir vom Regierungsrat jetzt gerade gehört haben: Im Moment kann man nichts machen, aber wir hoffen doch alle, dass irgendwann diese Märkte wieder anziehen. Und wenn wir dann bereit sein wollen, das haben wir von Herrn Graf gehört, dann müssen wir uns jetzt überlegen, was wir machen und nicht dann, wenn es wieder nach oben geht, hintendrein wieder etwas probieren zu ändern. Darum bleibe ich nach wie vor dabei: Nehmen Sie dieses Postulat an und schreiben Sie es ab. Wie ich der Aussage der SVP entnommen habe, hätten Sie damals, als ich es eingereicht habe – nämlich letzten Dezember – soweit der Sprecher der SVP sagte, es ja angenommen, oder? Es ist erst jetzt nicht mehr anzunehmen, weil sich die Situation verändert hat. Aber vielleicht verändert sich ja die Situation in die andere Richtung auch wieder.

Präsident. Wir befinden über dieses Geschäft, das Postulat unter Traktandum 60 von Grossrat Kohler, «Negative Auswirkungen des Massentourismus». Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.378)

Vote (2019.RRGR.378)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 81

Nein / Non 59

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Präsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 81 Ja- gegenüber 59 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Dann kommen wir vor dem Ende der WEU-Geschäfte noch zur Frage der Abschreibung des Traktandums Nummer 60: Wer dieses Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.378; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.378 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 88

Nein / Non 57

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben dieses Postulat abgeschrieben, mit 88 Ja- gegenüber 57 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wie gesagt sind wir damit am Ende der Geschäfte der WEU. Ich danke Regierungsrat Christoph Ammann und seinen Mitarbeitenden bestens für die Vertretung seiner Geschäfte hier bei uns im Rat und wünsche einen schönen Abend.